

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wortführerlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Gewerksvereine  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vorsitz: Müller)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 27/28.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Reaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 27/28.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4728.

Nr. 87/88.

Berlin, Sonnabend, 30. Oktober 1915.

Siebentundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis:

Wünsche für die Friedenszeit. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Englische Finanzsorgen und Wirtschaftswandlungen. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- und Angelegen.

## Wünsche für die Friedenszeit.

Es ist nicht unsere Absicht, an dieser Stelle etwa in eine Erörterung der sogenannten Friedensziele einzutreten. Wir gehören jedoch zu denjenigen, die der Meinung sind, daß von dem Guten, das dieser Krieg gezeitigt hat, manches in die Friedenszeit mit übernommen wird. Wir glauben, daß die Anerkennung, die die Organisationen der Arbeiter in diesen Monaten allenthalben gefunden haben, ihnen auch später nicht verfaßt werden kann, und daß die Hindernisse, die man bisher ihrer Entwicklung in den Weg gestellt hat, weggeräumt werden. Kurzum, wir leben der Hoffnung, daß die angekündigte „Neuorientierung“ in unserer inneren Politik auch den deutschen Arbeitern die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche bringen wird. Käme es anders, so müßte nach all den großen Anstrengungen und Opfern eine Erbitterung Platz greifen, die geeignet wäre, die geistliche Entwicklung unseres Volks- und Wirtschaftslebens schwer zu beeinträchtigen.

Selbst auf die Gefahr hin, den Widerspruch der Schärferen nachzurufen, die auch aus dieser großen Zeit nichts gelernt haben, müssen wir gleich eingangs bemerken, daß die Reihe unserer Wünsche nicht zu kurz ist. Deshalb müssen wir uns damit begnügen, nur diejenigen hier anzudeuten, deren Erfüllung uns am dringendsten er scheint. Energischer Fortschritt auf der Bahn der Sozialreform ist der erste; hat doch gerade dieser Krieg deutlich zu erkennen gegeben, ein wie wichtiger Faktor eine energische Sozialpolitik für die Kräftigung und Widerstandsfähigkeit des Volkes ist. Stillstand würde aber gerade auf diesem Gebiete mit Rücksicht gleichbedeutend sein. Eine weitere, ihrer Lösung harrende Aufgabe ist die Reform des Arbeitsrechts, in dem umfassenden Sinne, wie sie von den Deutschen Gewerksvereinen schon seit Jahren vertreten wird. Das Vereins- und Verbandsamtungswesen muß, wie ja auch in Aussicht gestellt ist, von seinen Fesseln und Zwangsregeln befreit und engherzigen Bürokraten die Möglichkeit genommen werden, das Recht in schikanöser Weise gegen die Arbeiter anzuwenden. Dann bedarf das gewerbliche Einigungsamt der geistlichen Reorganisation. Wir denken da in erster Linie an die Schaffung eines Reichseinigungsamts, wie es Freiherr v. Berlepsch in Wort und Schrift verlangt hat. Auch die Frage der Reichsarbeitslosenversicherung dürfte durch die während des Krieges gemachten Erfahrungen vielerorts eine andere Beurteilung erfahren.

Um diese größeren Probleme gruppieren sich zahlreiche andere. Ihre Liste könnte noch erheblich verlängert werden. Indessen wir begnügen uns für heute damit, nur noch auf eine Angelegenheit hinzuweisen, deren Erledigung nicht länger hinausgeschoben werden darf: Die Forderung des preussischen Landtagswahlrechts. Es ist dies eine Frage von höchster Bedeutung für das ganze Deutsche Reich, da natürlich die Forderung des stärksten Bundesstaates ihre Wirkung auch auf die übrigen nicht verfehlt. Bei der Zusammenfassung, die das jetzige Wahlrecht dem preussischen Landtage gibt, ist es der Arbeiterschaft unmöglich, ihren Einfluß in dem Maße gel-

ten zu machen, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze entspricht. Deshalb erblicken wir in der freiherrlichen Ausgestaltung des preussischen Wahlrechts die Vorbedingung für eine wirklich arbeitertreue Politik, nicht nur in Preußen, sondern in ganzen Deutschen Reich.

Der Einwand, daß schon jetzt Vertreter der Arbeiterschaft im preussischen Abgeordnetenhaus sitzen, ist nicht stichhaltig, da ihre Zahl so gering ist, daß sie den ihnen gebührenden Einfluß nicht auszuüben vermögen. Und diese geringe Zahl bringt es auch mit sich, daß die freiherrlich-nationale Arbeiterschaft keine Vertreter aufzuweisen hat. Das ist ein Mangel, der allerdings nur in einem losen Zusammenhang mit dem preussischen Wahlrecht steht. Leider ist es dieser Richtung, die ihren Kern in den Deutschen Gewerksvereinen besitzt, auch nicht möglich, einen Sitz im Reichstage zu erlangen. Diejenigen Parteien, die ihrer Weltanschauung und Staatsauffassung nach unserer Organisation am nächsten stehen, haben anstehend nicht die Macht, in ihrer Anhängerschaft der Überzeugung von der Notwendigkeit der Vertretung der freiherrlich-nationalen Arbeiterschaft in den Parlamenten Boden zu verschaffen. Denn am guten Willen wird es doch nicht fehlen. In untern Reihen aber wird dieser Mangel schwer empfunden und hat schon oft lebhafteste Mißstimmung hervorgerufen. Man versteht es einfach nicht, daß Gewerksvereinsführer, die es an Sachkenntnis und Beredbarkeit mit Vertretern anderer Richtungen sehr wohl aufnehmen, nicht zur Ausübung eines parlamentarischen Mandats gelangen können. Und auch unter unsern Führern selbst wird dieser Mangel bitter empfunden. Während der Kriegszeit hat sich erfreulicherweise oft genug Gelegenheit geboten, gemeinsam mit den Vertretern der anderen Organisationsrichtungen über die verschiedensten Fragen zu beraten. Dabei hat sich nicht selten herausgestellt, daß die Vertreter der anderen Richtungen, weil ihnen als Abgeordneten das einschlägige Material besser zugänglich ist, vor allen Dingen auch, weil sie infolge ihres Mandats bessere „Verbindungen“ haben, weil ihnen ferner die Türen zu den Ministern der Reichsregierung und anderen Behörden eher offen stehen, besser unterrichtet waren als unsere Kollegen. Das wirkt niederdrückend und erschwert natürlich die Mitarbeit. Und noch Eines: Es gibt in den liberalen Parteien, namentlich in der fortschrittlichen Volkspartei, eine stattliche Reihe von Männern, die soziale Verständnis genug besitzen, um auch die Wünsche und Forderungen der Deutschen Gewerksvereine mit dem nötigen Nachdruck zur Geltung zu bringen. Wir wollen, um niemand durch Auslassen zu verlegen, keinen Namen nennen. Aber niemand wird leugnen wollen, daß diese unsere Forderungen und Wünsche viel wirksamer zum Ausdruck gebracht werden könnten, wenn jemand aus der Organisation selbst ihr Vertreter wäre. Und auch die Mitglieder würden vielmehr Vertrauen zu dieser Partei haben, in deren Mitte sie einen Mann aus den eigenen Reihen wissen. Deshalb sind wir der Meinung, daß es ebenfalls ein Stück Neuorientierung bedeutet, wenn man Vertretern der freiherrlich-nationalen Arbeiterschaft die Möglichkeit gibt, in den Parlamenten ihre Wünsche und Anschauungen zu vertreten. Das mußte gerade jetzt während des Burgfriedens einmal ausgesprochen werden, wo die Gelegenheit, dieses berechtigete Verlangen zu erfüllen, so günstig ist wie sonst nie.

Freilich wir müssen dafür auch etwas bieten können. Wir müssen eine Macht haben, mit der man zu rechnen hat. Je größer unsere Zahl, umso geneigter wird man sein, unsern Wünschen Rech-

nung zu tragen. Deshalb wollen wir schon jetzt durch rastlose Vorbereitung dafür sorgen, daß im künftigen neuen Deutschland das Geer unserer Anhänger so stark ist, daß man uns überall gern den Einfluß einräumt, den unsere Organisation auf Grund ihrer Geschichte beanspruchen darf und muß. Wir rechnen dann aber damit, daß wir an der Stelle, an die obige Worte gerichtet sind, kein verschlossenes Ohr finden.

## Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

In einer Konferenz von Berufsgenossenschaftsvertretern kurz nach Kriegsbeginn wurde der Beschluß gefaßt, der dann als Runderlaß des Reichsversicherungsamts zum Ausdruck kam, sämtliche Renten unberührt weiterzuführen. Die Berufsgenossenschaften verzichteten zunächst auf die Dauer von drei Monaten auf die Erhebung und Aufhebung von Renten; Einspruchsbegehre über Rentenfragen wurden zurückgenommen oder bis zu einer geeigneten Zeit verschoben; verhängte Strafen wurden niedergelegt, und vor allem wurde die Ueberwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften tunlichst aufrecht erhalten.

Es hat aber jetzt den Anschein, als ob man um so eifriger die Rentenherabsetzung und -Entziehung betreiben wolle. Durch die Herstellung von Kriegsmaterial ist so mancher Unfallverletzte zu größerer Leistung durch Ueberstunden herangezogen worden. Naturgemäß hat dadurch auch eine Steigerung seines Arbeitsdienstes stattgefunden. Eine solche ist auch eingetreten, weil infolge Mangels an Arbeitskräften die Lohnsätze eine Steigerung erfahren hatten. Die Ueberstunden in der Textilindustrie waren durch die schnelle Befriedigung der militärischen Bedürfnisse notwendig, und es ist anzuerkennen, daß die Arbeiterschaft dieselben ohne Weigerung geleistet hat. Umso entsetzlicher ist es zu beurteilen, daß diese Lasten von den Berufsgenossenschaften zur Renten Kürzung benutzt werden.

So hatte der Tuchmacher D. L. in Forst durch Betriebsunfall am 18. März 1911 den Verlust der beiden Endglieder und des Grundgliedes des rechten Zeigefingers zu beklagen. Außerdem bestanden als Unfallfolgen Schmerzhafte Stümpfe und der Mittelhand sowie Schwäche der Muskulatur der Hand und des Armes.

Für diese Unfallfolgen gewährte die Norddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft dem Verletzten eine Rente von 30 Prozent. Durch Bescheid vom 28. Februar 1912 sollte diese Rente um 10 Prozent herabgesetzt werden. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Frankfurt a. O. entschied damals, den Bescheid aufzuheben, also die Rente in der bisherigen Höhe zu belassen. Durch Bescheid vom 17. Juli 1913 und Endbescheid vom 24. September 1913 wurde durch die Berufsgenossenschaft abermals die Rente um 10 Prozent herabgesetzt. In dem dagegen eingeleiteten Rechtsstreit entschied das Oberberufungsamt, daß die Rente von 30 auf 25 Prozent herabzusetzen sei, erklärte aber die Rente als Dauerrente.

Aber schon durch einen Bescheid vom 28. April 1915 und Endbescheid vom 28. Juni 1915 nahm die Berufsgenossenschaft eine Abänderung der Dauerrente vor und setzte dieselbe von 25 auf 15 Prozent herab, und das Oberberufungsamt wies die eingelegte Berufung zurück. Wahrendes dafür war die Höhe des erreichten Arbeitsdienstes, trotzdem der Jahresdurchschnittsdienst die Höhe vor dem Unfall nicht erreichte. Aber durch die Inanspruchnahme der Textilindustrie zu Kriegszwe-

rungen und die dazu erforderlichen Ueberstunden hatte der wöchentliche Verdienst mehrere Wochen eine Erhöhung erfahren, ebenso insofern des Mangels an Arbeitskräften. In den Unfalltötungen an und für sich hat sich eine weitestgehende Besserung nicht gezeigt, und es ist jedem Zuschauer bekannt, daß das Fehlen des Zeigefingers an der rechten Hand ein großes Hindernis bedeutet. Trotzdem alle diese Gründe bei der Verhandlung vor dem Oberverordnungsamt vorgetragen wurden, ist dasselbe zu dem Beschluß gekommen, die Berufung zurückzuweisen.

Die Jugend des Verletzten und die Länge der Zeit sowie auch die Tatsache, daß er mit Ueberstunden arbeiten und seinen Platz voll ausfüllen könne, sind nach der Begründung für das Urteil maßgebend gewesen. Hätte also der Verletzte die Ueberstunden nicht geleistet, wäre die Rente auf der bisherigen Höhe geblieben. Aber warum sind denn die Ueberstunden geleistet worden? Weil die Militärlieferungen auf dem schnellsten Wege fertiggestellt werden mußten und es an Arbeitskräften gemangelt hat. Also im Interesse der Allgemeinheit, und wir meinen, daß man den dadurch erreichten Mehrerwerb und die dadurch erhöhte Leistung nicht zur Renten Kürzung hätte benutzen dürfen. Die Lage forderte von jedem einzelnen die äußersten Anstrengungen, und man dürfte eine solche Mehrleistung dem Unfallverletzten nicht anrechnen. Im allgemeinen wird es anerkannt, daß die deutsche Arbeiterchaft alles getan hat, um den Ansprüchen, die die militärischen Bedürfnisse an ihre Leistungsfähigkeit gestellt haben, gerecht zu werden. Niemand hat daran gedacht, daß diese Anstrengungen von den Berufsgenossenschaften zur Renten Kürzung benutzt werden könnten. Auch im Rechtsverfahren sollte dem patriotischen Verhalten der deutschen Arbeiterchaft in möglichst weitgehender Weise Rechnung getragen werden.

S. A.-Vorft.

### Englische Finanzsorgen und Wirtschaftswandlungen.

c. Eine wichtige Grundlage der englischen Wirtschaftspolitik ist der Freihandel. Diese Grundlage zu verlassen, schien noch vor einem Jahre den meisten englischen Kaufleuten und Politikern als ein Verrat an wichtigen nationalen Gütern. Seit in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter härteren Kämpfen der Freihandel in England zum Siege gelangte, wurden seine eifrigsten Vorämpfer Cobden und Bright in der Londoner City als Wohlthäter des Volkes verehrt. Nie im Lauf seiner langen Geschichte war das Britentum mit einem politisch-wirtschaftlichen System enger als mit dem Freihandel verwaschen, denn es im wesentlichen seine Größe als See- und Handelsvolk und als Industrie- und Finanzstaat verdankt und das dem englischen gelehrten Arbeiter eine behagliche Lebenshaltung verschafft. England beschränkte sich in der Hauptsache darauf, Tabak, Tee, Bier, Branntwein, Wein, Kaffee, Zuder und einige andere Waren mit sogenannten Finanzgütern zu belegen. Hieran hatte man sich gewöhnt, und man hielt es für unmöglich, dieses System jemals zu ändern. Als der frühere Handelsminister Chamberlain vor etwa fünfzehn Jahren den Versuch machte, mit der historischen Zoll- und Handelspolitik zu brechen, stieß er in der englischen Kaufmannschaft, in den arbeitenden Klassen und im Parlament auf einen so entschlossenen Widerstand, daß der Versuch aufgegeben wurde. In gewissen englischen politischen Kreisen hat man dann noch einige Jahre die Schutzollbestrebungen gefördert, aber sie konnten weder im Volk noch im Parlament irgendwelchen ernstlichen Einfluß gewinnen, und vor Ausbruch des Krieges betrachtete man sie als auf absehbare Zeit überwunden.

Aber dieser gegenwärtige Weltkrieg hat dem englischen Volke nicht nur ein Meer von Blut gekostet, sondern er verhängt auch das nationale Vermögen. Selbst die gewaltige englische Finanzmacht trauert unter den unerfülllichen Anforderungen dieses Völkerringkampfes, in dem die Milliarden sich wie Schnee im Spätfrühling auflösen. In Deutschland hat der glänzende Erfolg der dritten Kriegsanleihe abermals bewiesen, daß das deutsche Volk ein unerschütterliches Vertrauen auf den Sieg seiner guten Sache besitzt und seiner Regierung aus eigenem Vermögen ausreichende Mittel zur Verfügung stellt. Dagegen hat England die größten Schwierigkeiten in der Beschaffung der Kriegskosten. Das bis vor dem Kriege angeblich reichste Land der Erde muß froh sein, wenn es im Bunde mit dem schon tief verschuldeten Frankreich, Italien

und Rußland in den Vereinigten Staaten eine Anleihe unterbringt, um mit deren Ertrag die Waffen- und Munitionslieferungen der Amerikaner zu bezahlen. Doch da ihm jeder Tag der Kriegsführung reichlich hundert Millionen Dollar kostet, so kann man sich leicht berechnen, wie weit selbst eine frächtige amerikanische Anleihe reichen wird.

Das reiche England ist durch den Krieg also in arge finanzielle Not gebracht. Unter dem Druck dieser Not scheint sich jetzt dort eine Umwandlung des bisherigen wirtschaftspolitischen Systems vorzubereiten, welche droht, die unbenittelte Bevölkerung in noch größere Bedrängnis zu stürzen und die unentbehrlichsten Lebensmittel Getreide und Fleisch zu verteuern. Die Anhänger der Schutzölle, Verbotsölle und Differenzölle scheinen daher an Einfluß zu gewinnen.

Dem Vorschlage des gegenwärtigen Schatzkanzlers Mac Kenna entsprechend, hat das Unterhaus vor ganz kurzer Zeit in erster Lesung fast einstimmig einen Kriegsvoranschlag für das laufende Finanzjahr angenommen, der hohe Verbrauchssteuern von 33% Prozent auf Kraftwagen, Güte, Uhren, Lichtpfeifen, Musikinstrumente und Spiegelglas einführt. Der Minister berechnete, daß der Ertrag aus diesen Abgaben jährlich etwa 40 Millionen Mark betragen werde. Die finanzielle Bedrängnis Englands ist also so groß, daß es um lumpige 40 Millionen Mark sein ganzes bisheriges wirtschaftspolitisches System gefährden will. Allerdings sagt man dem englischen Volke zu nächst, daß es sich nur um eine innere Finanzmaßregel handle, die man nach dem Kriege wieder aufheben werde. Aber in englischen politischen Kreisen und auch in der Kaufmannschaft glauben schon viele Beteiligte nicht an diese Verheißung. Es erhoben daher auch einzelne Zeitungen schon Widerspruch.

Wie anders ist doch alles gekommen, als man in London dachte! Der Schatzkanzler trifft die Engländer, wo sie am empfindlichsten sind, nämlich am Geldbeutel. Und doch können sie sich nicht dagegen wehren, denn der Krieg ist unerbittlich. Darum hat Mac Kenna auch schon die alten Zölle auf Tee, Tabak, Kaffee usw. erhöht; weiter ist die Zudersteuer, die Steuer auf Benzin für Kraftwagen erhöht und jene für Arzneimittel in Pillen, Tabletten usw. verdoppelt. Das Halbhempportio ist abgeschafft. Die Ergänzungssteuer auf höhere Einkommen ist um den dritten Teil etwa gesteigert und die Einkommensteuer bei mittleren Einkommen um 10, bei größeren aber bis zum 40 Proz. erhöht. Das sind so gewaltige Steigerungen in der Ausnutzung der Steuerkraft, wie sie der Engländer noch nicht erlebt und sicher noch vor einem Jahre mit Enttäuschung zurückgewiesen hätte. Die den englischen Staatsfiskus sehr stark in Anspruch nehmenden Napoleonischen Kriege brachten eine Steigerung der englischen Einkommensteuer um 10 Prozent, der Krimkrieg nur um 6,6 Prozent; das waren höchstfähe, die heute weit überschritten werden.

So ist denn England durch den von ihm geschürten Krieg in eine wirtschaftliche Lage gekommen, die mit jeder Kriegswoche schwieriger wird. Die Lüste seiner wirtschaftlichen, politischen und moralischen Einbußen ist vielleicht noch länger als jene seiner Menschenverluste, so furchtbar diese auch sind. Dieser Weltkrieg mit seinem schädlichen Einfluß auf zahlreiche neutrale Staaten hat nicht nur eine gewaltige Minderung des englischen Ansehens und Einflusses bei anderen Völkern bewirkt, was seine Wirkung auch in Zukunft über ihn wird; er hat dem freien englischen Arbeiter in den für Seeresbedarf arbeitenden Werkstätten bereits den Arbeitszwang bei Strafe auferlegt, er hat ferner der Presse und dem öffentlichen Leben des freien England eine ungemein engherzige Zensur gebracht. Die in England ungeliebte allgemeine Wehrpflicht steht in Aussicht. Das Vertrauen in die mehrherrschende englische Flotte ist in der ganzen Welt erschüttert, ebenso die Meinung, die hier und da noch von der Ueberlegenheit der englischen Industrie auf den Auslandsmärkten herrschte. Auch das wird bittere Früchte zur Folge haben. Und zu allen diesen Einbußen tritt jetzt noch unter der Kriegsnot die Furcht vor einer Beschränkung des Freihandels und vor der Einführung eines Steuerhinterlassens, das in England selbst als ein Vermögenskonfiskation grenzend bezeichnet wird. Die Zeit wird kommen, in der alle schlimmen Folgen dieses Weltkrieges auch in England überall gewirkt werden; und dann wird der große Tag der Abrechnung mit den gewisslosen Kriegsschültern voraussichtlich nicht mehr fern sein!

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 29. Oktober 1915.

Die **Schweden** **Volksernährungsfragen** bildeten kürzlich den Gegenstand von Erörterungen in einer Konferenz des preussischen Landwirtschaftsministers mit den Vorsitzenden der preussischen Landwirtschaftskammern. Ueber den Verlauf der Beratungen hat das Ministerium folgende Mitteilung veröffentlicht:

Einmütig wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Ernährung unseres Volkes im kommenden Winter völlig gesichert sei. Einmütig und entschieden aber wurden auch die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt beurteilt. Darunter müsse die schwierige Lage der Landwirtschaft, die besonders in der Futtermittelherstellung zum Ausdruck komme, eine Verteuerung aller Erzeugnisse des Bodens und der Viehzucht zur Folge haben; un- begründet und zu verurteilen seien aber die sprunghaften Preissteigerungen der letzten Wochen, die lediglich durch Spekulationen hervorgerufen worden seien. Diese Vorgänge widersprächen den Interessen der Landwirtschaft. Die allgemeine Festsetzung von Butterpreisen durch die Staatsregierung wäre deshalb mit Freude zu begrüßen, zumal dadurch der Verteuerung der inländischen Butter durch die ausländische ein Ende bereitet würde. Wenngleich mit einem Rückgang der Milch zu rechnen sei, so genüge doch die heimische Produktion völlig, um Kinder, Kranke und Schwache zu versorgen. Erforderlichenfalls würden wir sogar ohne Butter- und Käsefabrik aus dem Zustande durchhalten, wenn die Kommunen sich der Verbrauchsregelung nachdrücklich anschließen. Die Einführung von Milchzucker sei eine praktische Maßnahme; auch mit der vom Landwirtschaftsminister vorgeschlagenen Regelung des Marktverkehrs mit Schweinen erklärten sich die Landwirtschafts- komitees einverstanden, wenn gleichzeitig mit der Festsetzung von Schweinepreisen eine allgemeine Festsetzung der Schweinefleischpreise verbunden werde. Die gegenwärtige Behaltung der Schweinepreise sei der Landwirtschaft durchaus unerwünscht; ihre Vertretung sei nicht in der Lage, sie zu beeinflussen, da sich der Markt ihrer Einwirkung entziehe. Dringend gewarnt aber wurde alleseitig vor einem staatlichen Eingriff in den Rindermarkt. Weder sei hier nach der Marktlage geboten, noch lasse er sich bei der Uigamart des Großviehhandels ohne Beeinträchtigung der Aufzucht und der Milchproduktion praktisch durchführen.

Bei der Erörterung der Kartoffelfrage wurde allgemein die Ansicht vertreten, daß zu einer Beunruhigung überhaupt kein Grund vorliege. Wenn hier und da in den letzten Wochen eine Knappheit und Teuerung im Kartoffelhandel eingetreten sei, so liege dies daran, daß die Ernte in den wichtigsten Kartoffelbaugebieten noch nicht im Gange gewesen und bedeutend schwieriger als in Friedenszeiten einzubringen sei. Obwohl die Kartoffel in weit größerem Maße als sonst zu Futterzwecken herangezogen werden müssen, so verblieben reichliche Kartoffelmengen für die menschliche Ernährung. Die Preise der Reichskartoffelstelle seien allerdings im Verhältnis zu den Futtermittelpreisen als niedrig zu bezeichnen. Es unterliege aber seinem Zweifel, daß die Reichskartoffelstelle und die Gemeinden trotzdem nach Kräften von der deutschen Landwirtschaft bei der Kartoffelversorgung unterstützt werden würden.

Die Bemerkung, daß die von der Reichskartoffelstelle festgesetzten Preise zu niedrig seien, fordert zu entschiedenem Widerspruch heraus angesichts des Eingangsrisikos, das auch bei der Verwendung der Kartoffeln zu Futterzwecken reichliche Mengen für die menschliche Nahrung verbleiben. Die Vermehrung der Produktionskosten soll gegeben werden, ist aber nicht so erheblich, daß sie höhere Preise rechtfertigte. Wenn trotzdem die Reichskartoffelstelle und die Gemeinden nach Kräften von der deutschen Landwirtschaft bei der Kartoffelversorgung unterstützt werden sollen, so wird damit die Erfüllung einer Pflicht in Aussicht gestellt, die besonders zu betonen jeder Deutsche in dieser Zeit für überflüssig halten sollte.

Ueber die **kommende Kriegsgewinnsteuer** hat die „Frankf. An.“ erfahren, daß im Reichsfinanzamt zur Zeit die Vorarbeiten und Berechnungen vorgenommen werden, auf die sich die Steuer stützen soll in dem Sinne, wie der Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich sie vor einiger Zeit im Reichstag angekündigt hat. Als Grundlage wird voraussichtlich die zum Zweck der Wehrsteuer auf den 1. Januar 1914 abgegebene Vermögensdeklaration dienen, sowie der Durchschnitt der letztjährigen Einkommensteuer-Veranlagungen. Davon ausgehend wird festgestellt werden, wie weit die Einkommen der Kriegsjahre über die normalen Ertragsmisse hinausgegangen sind, und wie weit seitdem etwa übernormale Vermögens-Ankummulungen stattgefunden haben, denn nach den Informationen des genannten Blattes besteht die Absicht, nicht nur die erzielten Kriegsgewinne, sondern auch den während des Krieges enthande-

nen oder durch die Ueber Erzeugung wurde für Steuer von So weit in Regierung halb nicht, ungleich für weit mehr rüfung hand- ischaften ge- den. Zu darüber be- einseitliche ap der St- fällen in bei uns w- steuer mög- auf hohe nachdem d- ist, vielleicht sprünglich aufkam, ha- von 20 bis- ährste G- jezt, nachd- ürliche stel- auch bei n- nicht fest, jedenfalls z-

Der De- sendet den- uns aus d- liche Vorfo- Die sozial- lung, daß- ihm angefo- soll, den- invalidi- bringen, in diese M- nehmer ode- schädigten- nach der G- legen solle, Fabrikdirek- heißt es in- striedigstbe- gen völli- Der Deutid- Gegenteil d- zahlung de- Kriegsdienst- jogen werf- sterium ge- durch Virtu- Sollte e- mur um die- gehandelt h- Angelegenh- Aufklärung- end not.

Die V- Schichten d- Seimarbeite- regierung a- kumfarten- Mittel zu- Petroleumlö- leumgesellschaft- lungszorgani- des Reichsfo- gewiesen. I- haupt genü- sind. Dami- liefert nur i- gen, welche- gemeinen z- wurden. W- eine weiter- und landwiri- gendebliche- dung für V- Lieferungen- scheinung- wirtschaftlich- den durch d- kleinere Me- Um eine er- erhalten die- zum Entnah- vom Reiche- Preise und- für die Bestfa-

nen oder entstehenden Vermögen zu wachsen durch die neue Steuer zu erfahren.

Ueber den Umfang der Besteuerung sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen. Aus England wurde kürzlich gemeldet, dass man dort an eine Steuer von 50 Prozent der Kriegsgewinne denkt. So weit werden in Deutschland die Vorläge der Regierung voraussichtlich nicht gehen, idem deshalb nicht, weil es sich in Deutschland mit seinem ungleich stärker ausgebildeten Gesellschaftsweien weit mehr als in England um eine Doppelbesteuerung handeln wird, von der sowohl die Gesellschaften selbst wie ihre Anteilhaber betroffen werden. Auch wird man in Deutschland, so weit darüber bereits Entschlüsse vorliegen, keinen einseitigen Satz festsetzen, sondern an dem Prinzip der Staffelung festhalten, das sich in ähnlichen Fällen in der Regel gut bewährt hat. Aber auch bei uns wird man sich, da man die Kriegsgewinnsteuer möglichst einträglich zu gestalten wünscht, auf hohe Sätze gefaßt machen müssen, die jetzt, nachdem der enorme englische Satz ausgesprochen ist, vielleicht noch höher gegriffen werden als ursprünglich beabsichtigt worden war. Als der Plan aufkam, hatte man in den Kreisen des Publicums von 20 bis 25 Prozent der erzielten Gewinne als äußerste Grenze der Staffelung gesehen. Ob man jetzt, nachdem England weit höhere Steueransprüche stellt, mit der Höchstgrenze der Steuer nicht auch bei uns über diesen Satz hinauszugeht, steht noch nicht fest, doch ist mit einer solchen Möglichkeit jedenfalls zu rechnen.

**Der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband, Sitz Dresden,** sendet den Zeitungen mit Bezug auf das auch von uns aus dem „Vorwärts“ wiedergegebene angelegliche Vorkommis in Dresden, eine Erwiderung. Die sozialdemokratische Presse hatte ihre Mitteilung, daß der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband die ihm angehörenden Betriebe angewiesen haben soll, den Rentenbeitrag der Kriegsinvaliden von dem Lohn in Abzug zu bringen, und daß, um nicht zu viel Personen in diese Methode einzubeziehen, nur der Unternehmer oder der oberste Fabrikleiter selbst die beschädigten Arbeiter annehmen und deren Löhne nach der Höhe der Kriegsbeschädigtenrente festsetzen solle, auf die angelegliche Ausrufung eines Fabrikdirektors gestützt. Selbstverständlich, so heißt es in der Entgegnung des Deutschen Industrie- und Gewerbeverbandes, sind diese Mitteilungen völlig aus der Luft gegriffen. Der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband hat sich im Gegenteil verweigert, daß auch bei voller Lohnzahlung den Kriegsinvaliden nicht etwa die Kriegsbeschädigtenrente verfürzt oder abgezogen werde und hat die ihm vom Kriegsministerium gegebene Auskunft seinen Mitgliedern durch Zirkular im März d. J. mitgeteilt. Sollte es sich bei dem geschilderten Vorgang also nur um die Ausrede eines einzelnen Unternehmers gehandelt haben? Der „Vorwärts“ hat sich zu der Angelegenheit noch nicht wieder geäußert. Eine Aufklärung über den Widerspruch täte aber dringend not.

**Die Petroleumfrage** bildet für die ärmeren Schichten der Bevölkerung, insbesondere für die Seimarbeiter, eine drückende Sorge. Die Reichsregierung glaubt in der Einführung von Petroleumarten durch die Gemeinden ein geeignetes Mittel zu einer zweckmäßigen Verteilung der Petroleumbestände erblicken zu können. Die Petroleumgesellschaften haben eine entsprechende Verteilungsorganisation geschaffen und mit Zustimmung des Reichskanzlers sich selbst bestimmte Gebiete zugewiesen. Die Hauptsache ist natürlich, daß überhaupt genügend Mengen Petroleum vorhanden sind. Damit hapert es leider. Die Reichszentrale liefert nur insgesamt 20 Prozent derjenigen Mengen, welche im Jahre 1913-14 zur Deckung des allgemeinen Bedarfs der Zivilbevölkerung abgesetzt wurden. Außer diesen 20 Prozent soll aber noch eine weitreichende Betriedienung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Bedarfs stattfinden. Für gewerbliche Zwecke — unter Ausschluß der Verwendung für Beleuchtung und Seimarbeit — erfolgen Lieferungen der Reichszentrale auf Grund von Bescheinigungen der Gewerbeinspektoren. Für landwirtschaftliche Zwecke und für die Seimarbeit werden durch die Regierung den Kommunalverbänden kleinere Mengen Petroleum zugewiesen werden. Um eine entsprechende Verteilung vorzunehmen, erhalten die Bezugsberechtigten Petroleummarken zur Entnahme der ihnen zugewiesenen Mengen. Vom Reiche sind mit den Petroleumgesellschaften Preise und Preisnachlässe vereinbart worden.

Für die Tabakarbeiter in der Seimindustrie Westfalens sind überdies noch besondere Bestände

bereitgestellt worden. Außerdem wird mit allen diesen Maßnahmen doch nur ein Mittel der im Durchschnitt benötigten Petroleummengen den Seimarbeitern zugeführt werden können. Für den Rest ihres Bedarfs sind sie auf den freien Handel angewiesen, und dabei hat sich gezeigt, daß Petroleum nur zu haben ist, wenn die Käufer gleichzeitig auch andere Waren entnehmen. Die Wirkung der festgesetzten Höchstpreise wird dadurch wieder aufgehoben. Deswegen ist es dringend notwendig, daß gegen solche Manipulationen der Petroleumverkäufer Schritte getan werden. Eine gründliche Besserung der Beleuchtungsverhältnisse für die kleinen Leute erblickt die „Soz. Prar.“ mit Recht in einer Herabsetzung der Spirituspreise, die bei der außerordentlich reichen Kartoffelernte den Spiritusfabriken und der tonangebenden Spirituszentrale bei ihren hohen Gewinnen im ersten Kriegsjahre sehr wohl möglich ist. Es heißt, daß nach dieser Richtung von behördlicher Seite bereits ein starker Druck ausgeübt wird, der hoffentlich recht bald zu dem gewünschten Erfolge führt.

**Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch.** Die sehr starke Steigerung der Preise für unsere notwendigen Nahrungsmittel gibt dauernd zu den lebhaftesten Klagen in der Bevölkerung Anlaß. Aber es wird wohl kaum eine Preissteigerung so unangenehm empfunden, wie die für Butter und Milch. Für Milch ist in den letzten Wochen in den Großstädten der Preis pro Liter auf 30 bis 35 Pf. erhöht, und Butter überfließt bereits den Preis von 3 Mk. pro Pfund. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern die Abstellung dieser unerträglichen Zustände gefordert. Er verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch, die aber in enger Verbindung stehen muß mit einer Preisbegrenzung für Butter und Käse. Ohne die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Käse würde bei der Landwirtschaft nur der Anreiz entstehen, größere Mengen von Milch für die Butter- und Käsebereitung zur Verfügung zu stellen und damit das für den Konsum zur Verfügung stehende Quantum Milch verringert werden. Es wird ferner verlangt, daß die Herstellung von Käse aus Vollmilch verboten wird. Befürwortet dagegen wird die Herstellung von Käse aus Magermilch. Dabei würde der Eiweißgehalt der Magermilch der menschlichen Nahrung zugeführt, während leider gegenwärtig der größte Teil der Magermilch zur Viehfütterung benutzt wird. Bei dieser Verwendung der Magermilch geht nur 1/4 des Eiweißgehaltes in die Fleischproduktion über. Bei dem Mangel an eiweißhaltiger Nahrung ist es dringend notwendig, daß die Nahrungsmittel mit größerem Eiweißgehalt vollkommen der menschlichen Nahrung zur Verfügung gestellt werden. Was die praktische Durchführung des Vorschlages anbetrifft, so beruht sich die Eingabe auf die Verordnung des Generalkommandos in Bayern, die von der Bevölkerung recht zustimmend aufgenommen wurde. Aber auch bei dieser Verordnung zeigt sich bereits, daß ohne eine Regelung für das ganze Reich die Durchführung Mängel aufweist. Vor allem klagen die Bezirke, die früher Milch und Produkte der Molkerei aus Bayern bezogen haben, daß ihnen durch die Beschränkung der Ausfuhr aus Bayern große Schwierigkeiten in der Versorgung entstanden sind, die vom Handel zu abermaligen Preissteigerungen benutzt werden.

Die Eingabe bestreitet, daß die Landwirtschaft die gegenwärtige Preissteigerung begründen oder mit Recht fordern kann. Die hohen Preise für Butter lassen sich nur erklären aus der ungünstigen Marktlage. Es fehlt an Olen und Fetten, und dieser Mangel wirkt preistreibend für Milch und Molkereiprodukte. Ohne eine Preisfestsetzung ist den weiteren Preistreibern kein Ziel zu setzen.

**Kriegsbeschädigtenfürsorge der Angestellten- und Arbeiter.** Ein Beschluß von sozialer Bedeutung ist kürzlich vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gefaßt worden. Bekanntlich wird in zahlreichen Fällen für die Kriegsbeschädigten wichtiger als eine Geldunterstützung die Möglichkeit sein, ihnen einen neuen Beruf zu eröffnen. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte will daher die ihr gesetzlich gegebene Möglichkeit, Seilverfahren zu bewilligen, dahin auslegen, daß Berufsberatung und Berufsumlernung Kriegsbeschädigter Versicherter als Seilverfahren angesehen wird, und daß die Kosten hierfür übernommen werden, so weit sie nicht von dritter Seite getragen werden. Bemerkenswert ist insbesondere, daß derartige Kosten auch dann übernom-

men werden sollen, wenn der bisher Versicherte in dem neu zu erlernenden Beruf nicht mehr versicherungspflichtig sein wird.

Die Berufsberatung und Berufsumlernung soll durch die für die Kriegsbeschädigtenfürsorge gegründeten öffentlich-rechtlichen Organisationen erfolgen. Voraussetzung für die Kostentragung ist, daß der Reichsversicherungsanstalt Gelegenheit zur Entscheidung über dieses besondere Seilverfahren vor dessen Einleitung in jedem Einzelfalle gegeben wird. Zu Dringlichkeitsfällen wird von diesem Erfordernis jedoch stillschweigend abgesehen werden.

Innerhalb dieses Rahmens übernimmt die Reichsversicherungsanstalt mitbin:

- 1. die Kosten der Hin- und Rückreise nach dem Ausbildungsort in der dritten Wagenklasse,
- 2. die Kosten des Unterrichts und der notwendigen Unterrichtsmittel,
- 3. die Kosten für Wohnung und Verpflegung am auswärtigen Aufenthaltsorte gegen besonderen Nachweis bis zu einem täglichen Verpflegungssatze von höchstens 6 Mk.

Sat der Kriegsbeschädigte Angehörige, deren Unterkalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, so soll diesen eine Unterstützung in Form eines sogenannten „Hausgeldes“ gegeben werden.

Anträge sind seitens der Versicherten nicht direkt bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte einzureichen. Die Kriegsbeschädigten sollen sich vielmehr an das zuständige Bureau der unter Mitwirkung der Behörden errichteten Ausschüsse für Kriegsbeschädigtenfürsorge wenden.

Auskunft über diese wie über andere Fragen der Angestelltenversicherung wird außer in den Auskunftsstellen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und des Rentenausschusses auch in den Geschäftsstellen der Ortsausschüsse der Vertrauensmänner erteilt.

**Die Umsätze der Großhandels- und Einzelhandelsfirmen im Jahre 1914.** Das „Internationale Genossenschaftsbulletin“ stellt folgende Zahlen fest:

	Umsatz	Zunahme	%
C. W. S., Manchester	712 180 585	72 232 585	10,14
S. C. W. S., Glasgow	192 277 834	9 411 580	4,89
GGG., Hamburg	157 524 040	3 478 724	2,28
F. D. B., Kopenhagen	79 750 658	8 606 250	10,79
E. S. K., Basel	37 291 200	1 080 853	2,98
Hanga, Budapest	25 500 000	1 530 000	3,33
Keskunkunta, Helsingfors	20 068 561	1 323 205	6,59
N. K. L., Christiania	3 440 802	648 068	18,78

Die stärkste Zunahme finden wir also in den neutralen Ländern. Es fehlen übrigens in der Statistik u. a. Schweden, die Niederlande und Desterreich.

**Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse der amerikanischen Arbeiter** entwirft die „Soz. Kor.“ ein nicht gerade erbauliches Bild. Danach ist die noch bis zu Neujahr 1915 vielfach gehegte Furcht, deutsche Arbeiter würden nach dem Kriege massenhaft nach Amerika auswandern, unbegründet. Im Gegenteil: Nach allem, was aus den vorliegenden amerikanischen Arbeiterblättern herborgeht, ist die Lage der dortigen Arbeiter so wenig rosig, daß man sogar offen andeutet, daß nach dem Kriege Tausende von ihnen nach Europa auswandern würden! Von den Millionengewinnen der Munitionsherstellung bekommen die Arbeiter nichts. Direkte Berichte von Arbeitern aus Chicago, Minnesota, New York, Roosevelt bestätigen dies. „Wir Arbeiter verdienen, durch Streiks etwas Lohnzulage zu gewinnen, so werden sie gewaltam niedergehalten, oder die Gewerkschaften werden zu fabelhaft hohen Geldbußen verurteilt (die der Gutmacher im Juni zu 250 000 Dollar, das sind über 1 Million Mark!); oder sie werden von den „Gummen“ (neubehenen Banditen, die mit Revolvern auf streikende Arbeiter schießen) vergewaltigt“ usw.

Aus den Berichten geht ferner hervor, daß in der Tat deutsche Arbeiter nicht nötig haben, sich nach Amerika zu sehnen: „Wir verdienen zwar mehr — aber sind auch länger arbeitslos als Ihr“, so heißt es in Berichten. „Und die Löhne, die Ihr drüben als amerikanisch bezeichnet, erhalten nur die Aristokraten unserer Arbeiterchaft, von denen Unglaubliches verlangt wird. Die ungelerten und weniger qualifizierten Arbeiter hungern hier mehr als drüben! Denn wenn sie wirklich 10 bis 12 Dollar pro Woche verdienen, so müssen sie mindestens 9 bis 10 Dollar haben, um nobilität leben zu können. Trotz des Krieges, also trotz der Lasten, daß Amerika alle Lebensmittel im Ueberfluß hat, sind die Lebensmittel länderhaft teuer geworden! So kostet ein Liter Milch 35 bis 38 Pf., ein Pfund Brot 25 Pf., Butter 1,90 Mk. und so

